SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

(Antrag Nr. 0754/2014)

Eingereicht am 02.04.2014 um 16:50 Uhr.

Schulausschuss, Verwaltungsausschuss

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Planung und Einrichtung eines gymnasialen Oberstufenzentrums an Integrierten Gesamtschulen

Antrag zu beschließen:
Die Verwaltung wird aufgefordert, am Standort der IGS Büssingweg ein Oberstufenzentrum mit sechs Zügen, beginnend zum Schuljahr 2016/2017 zu planen und einzurichten. Eine entsprechende Vorlage wird den zuständigen Gremien zeitnah vorgelegt. In der Vorlage sind die Raum- und Flächenplanung und die jeweiligen Kostenschätzungen darzustellen.

Folgende Punkte sollen besondere Berücksichtigung finden:

- Es wird die komplette Raum- und Flächenplanung dargestellt. Hierbei soll es einerseits eine Darstellung geben, die die Räume der jetzigen VHS einbezieht und andererseits soll dargestellt werden, welche An- und Umbauten auch ohne die Räume der VHS nötig und möglich sind.
- in einem Stufenplan wird dargestellt, wie das Oberstufenzentrum, beginnend mit dem ersten Oberstufenjahrgang, im alten Raumbestand begonnen und mit dem „Hochwachsen“ der Jahrgänge räumlich erweitert werden kann.
- Es wird geprüft, welche Standorte im Gebäudebestand der Stadt Hannover für die VHS alternativ genutzt werden können oder ob es geeignete Objekte zur Miete gibt.

Die Prüfungsergebnisse und die Vorlage der Raum- und Flächenplanung müssen den zuständigen Gremien zeitnah und soweit wie möglich vorgelegt werden, damit notwendige Beschlüsse gefasst und Fristen zum Beginn der Oberstufe im Schuljahr 2016/2017 eingehalten werden können.

Begründung:
Um Bildungsressourcen nachhaltig zu erschließen und die Attraktivität der IGSen insbesondere für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler zu steigern, haben die IGS
Büssingweg, die IGS List und die IGS Vahrenheide/Sahlkamp ein gemeinsames Konzept für die Einrichtung eines Oberstufenzentrums mit sechs Zügen am Standort der IGS Büssingweg entwickelt. Mit diesem Antrag wird die Verwaltung nun aufgefordert, die in der Drucksache 0838/2013 „Schulentwicklungsplanung der weiterführenden Schulen der Landeshauptstadt Hannover – Zwischenbericht“ angekündigte Prüfung der räumlichen Rahmenbedingungen auf Grundlage dieses Konzeptes durchzuführen. Die Ergebnisse müssen sehr zeitnah vorgelegt werden,

da das Konzept mit der Landesschulbehörde rechtlich, inhaltlich und pädagogisch abgestimmt werden muss und entsprechende Fristen einzuhalten sind, damit zum Schuljahr 2016/2017 mit dem Oberstufenzentrum und dem ersten Jahrgang begonnen werden kann. Da am Anfang nicht die komplette Schulfläche und alle Räume für ein sechsstufiges Oberstufenzentrum vorgehalten werden müssen, weil die Jahrgänge zwischen den Schuljahren 2016/2017 und 2019/2020 hochwachsen, kann zunächst im alten Raumbestand begonnen werden.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 03.04.2014